

INDES

ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK UND GESELLSCHAFT

ÜBER GRENZEN

Konrad Paul Liessmann **Grenzerfahrungen** Franz Walter **Grenzgänger des Sozialliberalismus** Constanze Moneke / Simon Falke **Der Hadrianswall**
Felix Hasler **»Neuronen kennen keine Moral«** Inge Wettig-Danielmeier
Innerparteiliche Demokratie – Plädoyer für die Geschlechterquote



Waldsterben – vom ökonomischen Problem zum gesellschaftsrelevanten Umweltproblem

Umweltbuch
des Monats
November 2012

Martin Bemann

Beschädigte Vegetation und sterbender Wald

Zur Entstehung eines Umweltproblems
in Deutschland 1893–1970

Umwelt und Gesellschaft, Band 5

2012. 540 Seiten mit 13 Abb., gebunden

€ 69,99 D

ISBN 978-3-525-31710-5

E-Book ISBN 978-3-647-31710-6



Das Buch untersucht den Wandel der Interpretation von Umweltphänomenen am Beispiel immissionsbedingter Waldschäden.

Anhand der Auseinandersetzung um immissionsbedingte Waldschäden in Deutschland zwischen 1893 und 1970 zeigt das Buch, wie sich die Ver- und Behandlung von Umweltphänomenen im Lauf der Zeit veränderten: Aus dem vorwiegend ökonomischen Problem des späten 19. Jahrhunderts wurde bis in die 1970er Jahre ein gesellschaftsrelevantes Umweltproblem, das wenig später als Waldsterben Bekanntheit erlangte. Martin Bemann untersucht an fünf Debatten zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik, wie und warum es zu diesem Wandel kam und stellt den Zusammenhang zu den tief greifenden sozioökonomischen, politischen und ideologischen Wandlungsprozessen der deutschen Gesellschaft her.

EDITORIAL

≡ Matthias Micus/Katharina Rahlf

»Über Grenzen« – der Titel der neuen Ausgabe von INDES wurde bewusst doppeldeutig gewählt, denn dieses Heft thematisiert in seinem Schwerpunkt unterschiedlichste Arten von Trennlinien, Identitäten und Zugehörigkeiten. Ein Teil der Beiträge befasst sich – zum einen – mit dem Einhegenden und Abgrenzenden von Demarkationen und also mit Grenzen in ihrer ursprünglichen Wortbedeutung. So analysiert *Jan Michael Kotowski* die voranschreitende Abschottung der USA und die Militarisierung ihrer Grenzpolitik gegenüber dem südlichen Nachbarn Mexiko. Der Text von *Dietrich Thränhardt* handelt von aktuellen Mauerbauten – ein offenes Paradoxon und weitgehend übersehenes Geschehen, besteht doch seit der Implosion des Ostblocks, dem Ende der Ost-West-Konfrontation und dem Fall der Berliner Mauer im Jahr 1989 der vermeintliche Trend eher darin, Mauern niederzureißen als neu zu errichten. Zumal Grenzen auch insofern Phänomene einer vergangenen Epoche zu sein scheinen, als die Globalisierung und das Internet überkommene Schranken überwinden und noch die entlegensten Winkel der Erde miteinander vernetzen.

Diese Entwicklung begründet die Ambivalenz der Titelgebung. Denn das Wortpaar »über Grenzen« kann – zum anderen – auch in dem Sinne verstanden werden, Getrenntes zu verbinden und Gegensätze aufzuheben. Dies gilt in ganz vielfältiger Hinsicht. Steinerne Grenzen, die ursprünglich in trennender Absicht gebaut wurden, können ihre historische Funktion verlieren und von Spaltungsfaktoren zu Stätten der Begegnung werden. Ganz so, wie der Hadrianswall heute. Menschliche Grenzen können durch Wagemut, Risikobereitschaft und Höchstleistungen überschritten werden, hierauf verweisen die Ausführungen von *Karl-Heinz Bette* zum Extremsport. Und politische Grenzen sind ebenfalls nicht unüberwindbar, das zeigten in den vergangenen 150 Jahren nicht zuletzt die hier von *Franz Walter* porträtierten »Grenzgänger des Sozialliberalismus«.

Womit sich die Frage stellt, ob Grenzen per se negativ sind, ob sie bloß begrenzen, zwingen oder einengen? Können Menschen, mit anderen Worten, überhaupt ohne Grenzen leben, ohne Separation ihre Identität ausbilden? Besitzen Grenzen vielleicht auch eine entlastende und friedensstiftende Funktion? Auch diesen grundlegenden, im philosophischen Metier angesiedelten Überlegungen widmet sich die aktuelle INDES. Indirekt und unterschwellig in einer ganzen Reihe von Beiträgen, ganz explizit in dem Entwurf von *Konrad Paul Liessmann* für eine »Philosophie der Zugehörigkeit«.

INHALT

1 Editorial

≡ Matthias Micus / Katharina Rahlf

ÜBER GRENZEN

>> MEINUNG

6 Politische Grenzen

Ein Plädoyer

≡ Wilfried von Bredow

>> ANALYSE

14 Neue Grenzen in der Globalisierung

Warum Staaten wieder Mauern bauen

≡ Dietrich Thränhardt

23 Border Wars

Die US-amerikanische Furcht vor den südlichen Nachbarn

≡ Jan M. Kotowski

30 Der Hadrianswall

Vom Machtsymbol zur Touristenattraktion

≡ Constanze Moneke / Simon Falke

38 Mentale Barrieren

Österreich, die EU und der Osten

≡ Andrea Brait / Andreas Pudlat

46 Grenzerfahrungen

Eine Philosophie der Zugehörigkeit

≡ Konrad Paul Liessmann

55 Narrenrennen

Grenzüberschreitungen im Extremsport

≡ Karl-Heinrich Bette

61 Unendliche Weiten ...?

Umkämpfte Grenzen im Internet

≡ Thorsten Thiel

68 Netze statt Quartiere

Der Wandel sozialer Grenzen im städtischen Raum

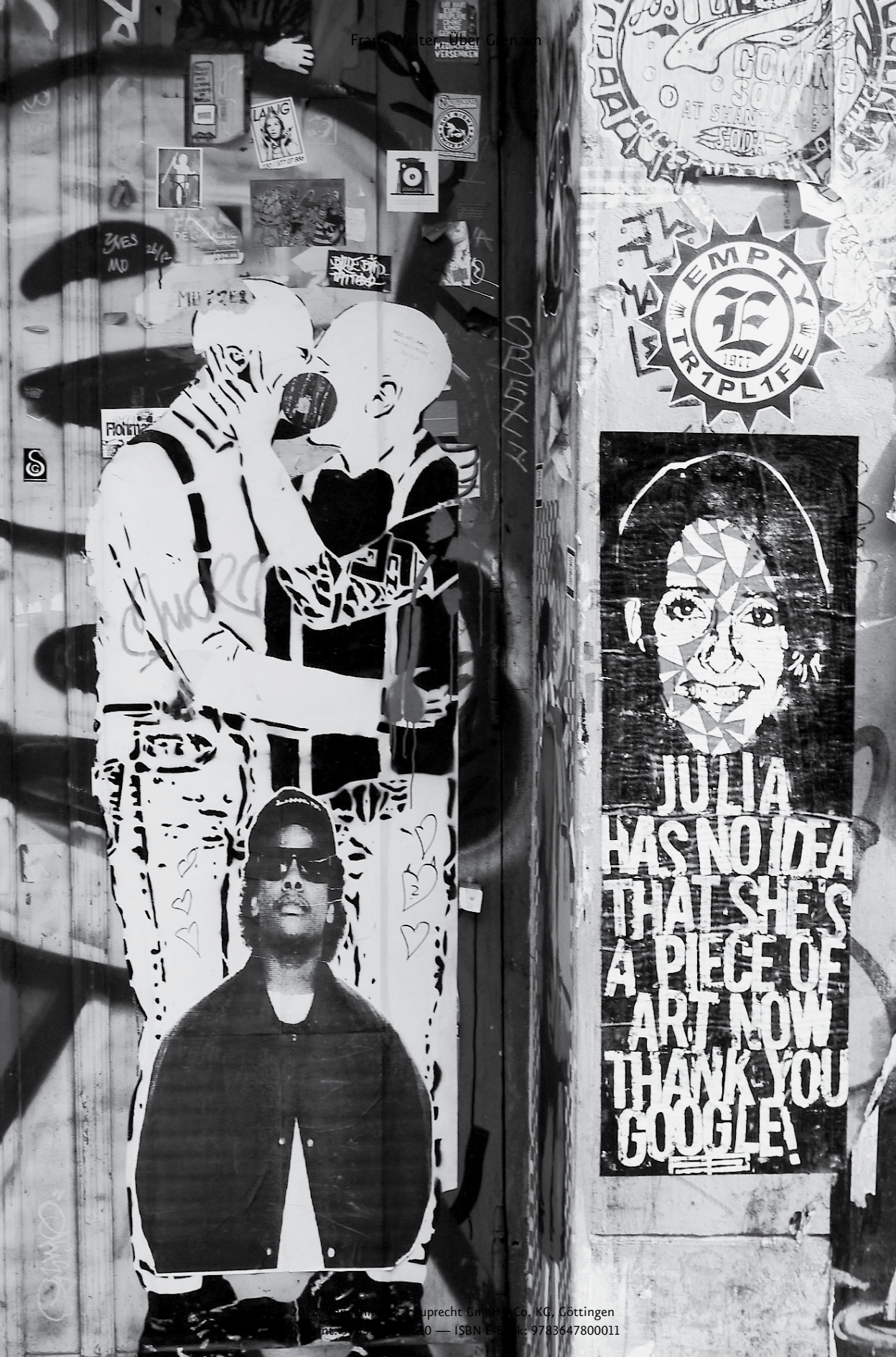
≡ Carsten Keller

74 Religion und Toleranz

Varianten der Religionskritik

≡ Tobias Graßmann / Severin Caspari

- 82 **Zwischen Öffnung und Abschottung**
Die evangelikale Bewegung
≡ Jens Gmeiner
- >> **BÜHNE** 92 **Grenzen des Wissens**
Ein Dialog in vier Szenen
≡ Johannes Gabriel
- >> **INTERVIEW** 102 **»Denn Neuronen kennen keine Moral«**
Über die Grenzen der Neurowissenschaften
≡ Interview mit Felix Hasler
- >> **PORTRAIT** 106 **Gescheiterte Grenzgänger des Sozialliberalismus**
Von Friedrich Naumann bis Werner Maihofer
≡ Franz Walter
- >> **INSPEKTION** 118 **Wirklich weiter wachsen?**
Wie sich Bundestag und Aktivisten an Systemfragen abarbeiten
≡ Christian von Eichborn
- >> **GELESEN** 126 **Rat Race**
Norbert Bolz' Suche nach Luhmanns Wahrheits-Grenze
≡ Friederike Müller-Friemauth/Rainer Kühn
- PERSPEKTIVEN**
- >> **STUDIE** 135 **Zivilgesellschaft und Partizipationsdemokratie**
Ein Albtraum?
≡ Franz Walter
- >> **ANALYSE** 144 **Konflikt statt Konsens**
Autoritärer Populismus in Ungarn
≡ Florian Hartleb
- >> **KONTROVERSE** 153 **Innerparteiliche Demokratie**
Eine ständige Aufgabe
≡ Inge Wettig-Danielmeier



COMING SOON AT SHANTAL HOPE

EMPTYPARTY
1977
TRIPLE

JULIA
HAS NO IDEA
THAT SHE'S
A PIECE OF
ART NOW
THANK YOU
GOOGLE!

Franz Walter, Über Grenzen

SCHWERPUNKT:
ÜBER GRENZEN



POLITISCHE GRENZEN

EIN PLÄDOYER

≡ Wilfried von Bredow

Die meisten Staaten in der Europäischen Union haben sich seit Mitte der achtziger Jahre schrittweise auf eine koordinierte Verstärkung ihrer gemeinsamen Außengrenzen geeinigt. Das erlaubte zugleich eine deutliche Abschwächung der Binnengrenzen. Die Grenzkontrollen wurden dort ausgesetzt. Das

sogenannte Schengenland, der Name erinnert an den Ort in den Niederlanden, an dem das erste Abkommen über diesen Prozess unterzeichnet wurde, umfasst zwar nicht ausnahmslos alle EU-Mitglieder. Dafür sind, weil es politisch und geografisch vernünftig erschien, auch ein paar Nicht-Mitglieder der EU dem Abkommen beigetreten, zum Beispiel die Schweiz.

In der europäischen Öffentlichkeit wurde die Abschaffung der Kontrollen an den Binnengrenzen häufig als entscheidende Etappe auf dem Weg zum vollständigen Abbau dieser Grenzen wahrgenommen. Eine eklatante Fehl-wahrnehmung! Die Europäische Union wird ja immer öfter mit byzantinischer Bürokratie, Volksferne und Demokratiedefiziten assoziiert. Deshalb fühlen sich die Europa-Politiker aller Couleur verpflichtet, jeden Integrations-erfolg als Durchbruch zu einer neuen Stufe europäischer Gemeinschaftlichkeit zu stilisieren. In den Köpfen geistert bis heute das Modell der Vereinigten Staaten von Europa, föderal organisiert, aber weitgehend grenzenfrei.

Das taten sie mit der Einführung des etwas großspurig sogenannten »Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts« in der Europäischen Union keineswegs. Immerhin, ihre Sichtbarkeit nahm ab. Und in der Tat können Reisende jetzt die europäischen Binnengrenzen ohne Zeitverlust durch Kontrollen überqueren. Das soll nicht gering geschätzt werden. Aber es hat nichts mit dem Verschwinden dieser Grenzen zu tun, sondern mit Veränderungen ihrer symbolischen Funktionen und ihrer Steuerungs-Kapazität für den inner-europäischen Personen- und Warenverkehr. Mit anderen Worten: In dieser Konstellation wie auch in allen anderen der gegenwärtigen und künftigen internationalen Politik sind Grenzen ganz und gar nicht obsolet geworden. Weder nimmt ihre Zahl ab, noch verlieren sie, weltweit gesehen, an Bedeutung. Zur Globalisierung internationaler Beziehungen gehört auch ihre Fragmentierung und Regionalisierung. Politische Grenzen sind kein Hindernis für makro-regionale und weltumspannende Vernetzungen. Ihre mannigfachen Formen stellen vielmehr eines ihrer Kennzeichen dar. Weil das so ist, braucht es eigentlich kein Plädoyer für politische Grenzen. Die Macht des Faktischen steht ja auf ihrer Seite. Aber die karge und zuweilen ja auch zwiespältige Empirie wird von einer weit verbreiteten und tief verwurzelten normativen Abneigung überschattet. Die ist nicht ganz unverständlich. Kurz gesagt: Grenzen beeinträchtigen Freiheit. Sie gelten als Hindernis der freien Bewegung. Denkt man an die martialisch perfektionierten Grenzbefestigungen mitten in Deutschland und die Mauer in Berlin, hierzulande wohl das am häufigsten assoziierte Bild einer Grenze, erscheinen Grenzen unmenschlich, gefährlich und als Ausdruck der Einschließungspolitik einer Regierung gegenüber dem eigenen Volk.

Dass politische Grenzen auch in diesem Sinne eingesetzt und wirken können, lässt sich nicht leugnen. Jedoch handelt es sich dabei um, nun ja, Grenzfälle. Politische Grenzen sind aber vor allem ein nützliches und überwiegend sinnvolles Instrument zum Schutz gegen äußere Bedrohungen. Sie balancieren die teils übereinstimmenden, teils gegenläufigen politischen Interessen benachbarter Staaten aus und können politische Konflikte zwischen ihnen über längere Zeit kaltstellen. *Good fences make good neighbours*, heißt es im Englischen. Für den Beobachter gibt die Organisation der Grenzen Aufschlüsse über Akzeptanz und Qualität staatlicher Ordnungskompetenz. Und nicht zuletzt braucht es politische Grenzen, um die kollektive Identität politischer Einheiten über Generationen hinweg aufrechtzuerhalten.

Wenn im allgemein verbreiteten Bild von Grenzen all dies unbeachtet bleibt, dann lohnt sich doch wohl ein Plädoyer für sie. Selbst wenn man dabei in Rechnung stellt, dass die eben aufgezählten nützlichen Funktionen politischer Grenzen umkippen können. So gibt es in der Geschichte auch viele Beispiele dafür, dass sich ihre Schutzfunktion als trügerisch herausgestellt hat und als Vorwand für die Sicherung einer illegitimen Herrschaft diente.

»OFFENE« UND »GESCHLOSSENE« GRENZEN

Es gibt einen umfangreichen und phantasievollen Gebrauch des Wortes Grenze in metaphorischer Absicht. Den lassen wir hier beiseite. Reale politische Grenzen, also solche, die man sehen kann, in der Landschaft und auf Landkarten, bezeichnen in der Regel den äußeren Rand der Geltung eines politischen Ordnungssystems, in der Moderne also meistens eines Staates. Es gibt auch nach innen verlegte Außengrenzen eines Staates, zum Beispiel auf internationalen Flughäfen oder um Enklaven wie die Botschaften anderer Staaten. An seinen Grenzen endet die Souveränität eines Staates (wenn man sie von innen her betrachtet) oder sie beginnt (von außen nach innen gesehen). Dieser doppelte Innen/Außen-Unterschied kann für die Staaten mit gemeinsamer Grenze wichtig, ja Teil eines politischen Dramas sein. Dann wird die Grenze mindestens von einer der beiden Seiten aus befestigt und der Kontrollaspekt gewinnt für den Grenzübergang Vorrang. Oder ihm wird keine besondere Bedeutung zugemessen, dann gilt der Grenze nur wenig Aufmerksamkeit.

Grenzen lassen sich also ziemlich genau auf einer Skala zwischen »offen« und »geschlossen« verorten. »Offene« Grenzen sind leicht zu überqueren, sowohl für Personen als auch für Waren. Es gibt nur geringen Kontrollaufwand an den Grenzübergängen, wenig Grenzschutzpersonal. Die Menschen, die in naher Entfernung beiderseits der Grenze wohnen, kommunizieren unbehelligt miteinander und haben die Chance, die Vorteile der unterschiedlichen

Ordnungssysteme und nationalen Kulturen für sich zu optimieren, von den Medikamenten- oder Benzinpreisen bis zu den Zugangsbedingungen für Genuss- und Rauschmittel.

»Geschlossene« Grenzen zeichnen sich demgegenüber durch scharfe Übergangskontrollen aus. Man kann die Grenze nicht irgendwo, sondern nur an bestimmten Übergängen überqueren. Grenzbefestigungen wie Mauern, Zäune oder andere Hindernisse kanalisieren den Grenzverkehr zu einer Reihe von gut bewachten Übergängen, die als Schleusen fungieren. Beiderseits der Grenze kann keine gemeinsame Region entstehen, in der die Menschen grenzüberschreitend miteinander kommunizieren und kooperieren. Das Extrembeispiel dafür ist die deutsch-deutsche Grenze bis Ende 1989.

Von der Chinesischen Mauer bis zu den betongestützten Anlagen an der amerikanisch-mexikanischen Grenze, die gegenwärtig errichtet und ausgebaut werden, gibt es eine Riesenzahl von Versuchen, Grenzen zu schließen, um ein Überqueren von außen nach innen (oder wie im Fall der DDR-Grenze zur Bundesrepublik von innen nach außen) zu unterbinden. Zuweilen ist dieses Ziel kurzzeitig erreicht worden – für längere Zeiträume aber nicht. Das gilt auch für sogenannte natürliche Grenzen, hohe Gebirge, breite Flüsse, Meere – sie zu überwinden ist nicht einfach, aber ganz unmöglich war es nie.

Es sind freilich die »geschlossenen« Grenzen, die allen Grenzen einen schlechten Ruf eingebracht haben. Dem Kontrollanspruch des Souveräns haben sich immer Menschen mit großem Freiheitsbedürfnis entziehen wollen oder, etwa wenn sie politisch verfolgt wurden, entziehen müssen. Wer den Wächtern »geschlossener« Grenzen ein Schnippchen schlägt, Schmuggler etwa, genießen oftmals ein höheres Ansehen als andere Gesetzesbrecher. Und wenn sie es aus politischen Motiven heraus tun wie etwa die Tunnelbauer unter der deutsch-deutschen Grenze, dann gelten sie bei den einen als Helden und bei den anderen als übelste Staatsfeinde.

GRENZEN ALS BEWEGUNGSMELDER

In der klassisch-modernen Definition von Staaten sind diese durch ihr Staatsvolk, ihr Territorium und ihre Herrschaftsordnung gekennzeichnet. Ein Territorium wiederum ist nichts anderes als ein klar umgrenzter und einer Verfügungsinanz zugeordneter Raum (die »Wildnis« ist ebenso wenig ein Territorium wie das »Niemandland«). Ein Staat ohne Grenzen ist ein Widerspruch in sich selbst. Das gilt grundsätzlich auch für politische Einheiten unterhalb der staatlichen Ebene, etwa für Länder als Teil einer Föderation. Würde man deren Grenzen aufheben, sie erfüllen allerdings mehr administrative als genuin politische Funktionen, entzöge man ihnen den Charakter

einer politischen Einheit. Das ist, nebenbei, einer der Gründe, warum es in Deutschland so schwierig ist, Ländergrenzen unter verwaltungstechnischen Gesichtspunkten zu optimieren.

Staaten, also ihre Regierungen, sehen auf ihre Grenzen, weil sie dadurch ihre Souveränität demonstrieren. Das hat eine symbolische und eine machtpolitische Seite. Beide lassen sich nicht rigoros voneinander trennen, auch analytisch nicht. Was an den Grenzen abläuft, hat beträchtliche Auswirkungen auf die Stabilität des Staates und das Wohlergehen der auf seinem Territorium lebenden Menschen.

Grenzen halten auf. Sie verlangsamen den Bewegungsablauf von Personen und Waren. Außerdem lenken sie die Ausbreitung von Informationen, wengleich dies in der Ära von globalen Medien (Satellitenfernsehen, Internet, Twitter etc.) erheblich schwieriger geworden ist als zu jenen Zeiten, in denen Informationen (und »Ideen«) vor allem in Druck-Medien verbreitet wurden. Bis in den Kalten Krieg hinein konnten Grenzkontrollen, in diesem Fall der sowjetsozialistischen Staaten, die Einfuhr von unerwünschten Informationen weitgehend lahmlegen. Und Störsender verhinderten den Empfang westlicher Rundfunksendungen. Für diese Art von »Regimesicherheit« können Grenzen heute nur unter wachsenden Schwierigkeiten benutzt werden – aber versucht wird es immer noch.

Hier sind wir aber ganz unversehens auf ein zentrales Konzept gegenwärtiger staatlicher Grenzdiskurse gestoßen – Sicherheit. Dabei handelt es sich um ein erheblich erweitertes Konzept von Sicherheit, denn es geht nur noch in Ausnahmefällen um die Aufgabe von Grenzen, einen Schutzwall zu bilden gegen massiv vorgetragene militärische Angriffe auf das staatliche Territorium von außen. Das gehört in die Vergangenheit, eine lange Vergangenheit übrigens, die von der Chinesischen Mauer über den Limes bis zur Maginotlinie reicht. Letztere wurde nach 1930 entlang der französischen Ostgrenze gebaut, um einen Einfall des gefürchteten östlichen Nachbarn aufzuhalten. Gehalten hat sie nicht.

Heutzutage werden in den meisten westlichen Staaten Bedrohungen der eigenen Sicherheit anders definiert, nämlich als gezielte Destruktionsaktivität von international vernetzten Terrornetzwerken, als Unterwanderung der eigenen Gesetze durch ebenfalls international agierende kriminelle Banden sowie, auf einer anderen Ebene angesiedelt, als die Konsequenzen ungesteuerter Immigration aus den ärmeren Ländern der Welt, in denen die politischen und die ökonomischen Verhältnisse gleichermaßen miserabel sind und wenig Aussicht auf ihre Verbesserung besteht.

Diese drei Aspekte von Sicherheit gehen häufig ineinander über.

Im beginnenden 21. Jahrhundert haben vor allem die Terrorangriffe von New York und Washington am 11. September 2001 zu einer drastischen Aufwertung von Grenzüberwachung und Grenzkontrollen geführt. Besonders deutlich kann man das an der amerikanischen *Homeland Security*-Gesetzgebung ablesen, als deren Folge etwa die davor immer durchlässiger («offener») gewordene kanadisch-amerikanische Grenze wieder verstärkt personell und materiell aufgerüstet worden ist.

Zwar kommen kaum Terroristen über Kanada in die Vereinigten Staaten, aber sie könnten sich ja durch die Länge und Unübersichtlichkeit der mittlerweile mit Drohnen überwachten Grenze dazu versucht fühlen. Realer ist die Gefahr in Israel, weil es genügend Organisationen in Palästina gibt, die den Kampf gegen Israel unter Einsatz von Selbstmordattentaten propagieren. Die Grenzmauer, die Israel gegen die Gefahr illegaler Grenzübertritte aus Palästina errichtet hat, hat seine Sicherheit zwar erhöht, aber neue Schmerzpunkte im israelisch-palästinensischen Verhältnis geschaffen.

Die Grenzbefestigungen an der amerikanisch-mexikanischen Grenze, inzwischen Gebilde von enormen Ausmaßen, sollen zuvörderst den Strom der illegalen Einwanderer aus Lateinamerika aufhalten und die grenzüberschreitende Drogenkriminalität bekämpfen helfen.

Ähnliche Aufgaben haben die Außengrenzen von Schengenland übernommen. Hier geht es gar um dreierlei: um Terrorabwehr, Kriminalitätsbekämpfung, aber vor allem um die Eindämmung der illegalen Immigration von Menschen aus Afrika, die oft unter lebensgefährlichen Umständen die nördlichen Strände des Mittelmeers oder die (unter spanischer Hoheit stehenden) Kanarischen Inseln zu erreichen trachten.

Die Liste solcher grenzverstärkender Maßnahmen ist längst nicht vollständig. Sie dienen der Sicherheit eines der beiden durch die Grenze getrennten Länder oder der Exklusion unerwünschter »Eindringlinge«. In aller Regel werden diese Maßnahmen einseitig getroffen – vom stärkeren der Grenz-Anrainer. Das ist nachvollziehbar, jedoch nicht unproblematisch. Denn auch die Definition dessen, was als unerwünscht gilt, wird einseitig vorgenommen.

Weltweit hat es im vergangenen Jahrzehnt einen Trend zu Grenzverstärkungen gegeben. Ihre »Offenheit« wurde aufgrund von Sicherheitsüberlegungen ein Stück weit – in manchen Fällen ein großes Stück weit – zurückgenommen. Diesem Trend steht eine andere Grundanforderung an moderne Grenzen in weiten Teilen der Welt entgegen: Die von den rasanten Entwicklungen der Kommunikations- und Transporttechnologien dynamisierte Globalisierung der Finanz-, Handels- und Produktionsbeziehungen hat die Kontroll- und Steuerfunktion politischer Grenzen teilweise ausgehebelt.

Dieser Prozess, in der Regel begrüßt, hat jedoch auch seine Schattenseiten. Die Verkettung der Banken- und Schuldenkrise seit 2007/08 und der enorme Druck, der von transnational agierenden Wirtschaftsunternehmen auf die Regierungen ausgeübt werden kann (etwa in den verschiedenen »Standort-Verlegungs-Debatten«), zeigen an, dass einzelne Staaten über keine wirkungskräftigen Instrumente verfügen, um als destruktiv erkannte Einflüsse auf ihre Volkswirtschaft an den Grenzen aufzuhalten – auch stabile und mächtige Staaten nicht. Der klassische Protektionismus, ohnehin ein zwiespältiges Instrument nationaler Wirtschaftsförderung, funktioniert allenfalls in und für Nischen. Im Übrigen sind gerade Staaten mit einem hohen Anteil von Import und Export an ihrer Wirtschaft nachdrücklich darauf erpicht, dass nicht nur ihre eigenen Grenzen, sondern auch die der Partnerländer für den Wirtschaftsverkehr durchlässig bleiben.

Die besten Beispiele dafür sind die schon erwähnten Fälle Kanada und die Europäische Union. Die Wirtschaft Kanadas hängt zu einem hohen Prozentsatz des Bruttosozialprodukts von dem Handel und der gemeinsamen Güterproduktion mit dem südlichen Nachbarn ab. Der größte Teil des Außenhandels der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten wird EU-intern abgewickelt. Auch in anderen Teilen der Welt gibt es ein großes Interesse an der Einrichtung von Freihandelszonen und der Erleichterung grenzüberschreitender Wirtschaftsbeziehungen. Das ist unter dem Vorzeichen von Globalisierung und der Ausbildung von Makro-Regionen auch gar nicht anders denkbar.

Deshalb widersprechen die Forderungen nach dem Ausbau von Grenzen und der Erweiterung von Grenzkontrollen aus Gründen der Sicherheit einerseits und nach mehr Durchlässigkeit der Grenzen aus Gründen der wirtschaftlichen Kooperationsfähigkeit andererseits einander diametral. Ein scharfer Zielkonflikt!

INTELLIGENTE GRENZENPOLITIK

Das Leben ist voller Zielkonflikte, und die Politik auch. Es kommt darauf an, sie durch behutsames Ausgleichen abzumildern. Wenn eine Reihe wichtiger Funktionen (Sicherheit) von Grenzen ihre Aufwertung und eine Reihe anderer, nicht minder wichtiger Funktionen (Wirtschaft) ihre Abwertung erfordern, dann ergibt sich für eine kluge Grenzenpolitik die Notwendigkeit, diese Funktionen zu trennen und zu versuchen, die Grenzen so umzuformen, dass sie die »richtigen« Adressaten durchlässt und für die »falschen« undurchlässig bleibt. Allerdings reicht das nicht aus. Es muss außerdem, zumindest im Fall von demokratischen Staaten, Vorsorge dafür getroffen werden, dass die diesbezüglichen Regelungen und Gesetze sowie das Grenzüberwachungspersonal

die Erleichterungen und Erschwerungen des Grenzübertritts nicht nur unter technisch-handwerklichen Gesichtspunkten managen. Wenn es nicht um Waren, sondern um Menschen geht, hat intelligente Grenzpolitik auch humanitären Ansprüchen zu genügen. Hier hapert es vielfach auf eklatante Weise, was eben nicht mit dem Hinweis auf Sicherheitsbedenken zu entschuldigen ist. Eine Aufzählung kritikwürdiger Beispiele aus der Zeit nach dem September 2001 stimmt grimmig und melancholisch.

Ein Plädoyer für politische Grenzen kann folglich nur eines für intelligent gestaltete Grenzen und eine kluge Grenzpolitik sein. Dafür gibt es durchaus Ansätze, etwa im *smart border*-Konzept, das die Regierungen Kanadas und der USA für ihre gemeinsame Grenze erarbeitet haben und, nicht ohne Mühen, umzusetzen versuchen, indem sie den Strom von dazu berechtigten Personen und Waren über die Grenze fördern, aber zugleich Personen und Waren, die dem Land oder seinen Bewohnern Schaden zufügen könnten, am Grenzübertritt hindern. Auf jeden Fall verbietet es sich, im Namen der Bewegungsfreiheit reflexartig aufzuschreien, wenn Grenzen aufgewertet werden.

Im Juni 2012 einigten sich die Innenminister der Staaten, die sich am Abkommen von Schengen beteiligt haben, über eine Reform dieses inzwischen recht intransparent gewordenen Abkommens. Für den Fall, dass ein Mitgliedsland größere Schwierigkeiten damit hat, den unter seiner Verantwortung stehenden Teil der gemeinsamen Außengrenze effektiv zu sichern, soll den anderen Schengenländern als »letztes Mittel« die Wiedereinführung der Binnengrenzen-Kontrollen für einen begrenzten Zeitraum gestattet werden. Diese Erklärung hat sogleich einen Aufschrei der Empörung im Europäischen Parlament und der EU-Kommission und einem Teil der politischen Öffentlichkeit bewirkt. Das ist eine sehr unintelligente Reaktion. Denn wenn diese Absichtserklärung auch deutlich macht, dass politische Grenzen, die an Sichtbarkeit eingebüßt haben, deswegen noch lange nicht verschwunden sind, ist sie doch weit davon entfernt, die europäischen Integrationsfortschritte infrage zu stellen. Europäische Binnengrenzen und gemeinsame Außengrenze sind hingegen wie kommunizierende Röhren miteinander verbunden. Nur wenn diese funktionieren, braucht man auf jene nicht zurückzugreifen.



Prof. Dr. Wilfried von Bredow, geb. 1944, war bis 2009 Professor für Internationale Beziehungen an der Philipps-Universität Marburg. Zu seinen Schwerpunkten in Forschung und Lehre zählen die Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands, der Ost-West-Konflikt und die Außenpolitik Kanadas.

ANALYSE



NEUE GRENZEN IN DER GLOBALISIERUNG

WARUM STAATEN WIEDER MAUERN BAUEN

≡ Dietrich Thränhardt

»Mr. Gorbachev, open this gate! Mr. Gorbachev, tear down this wall!«

Ronald Reagan, Berlin 1987

»You show me a 50-foot wall and I will show you a 51-foot ladder.«

Janet Napolitano 2008

Die euphorischen Erwartungen einer offenen Welt nach dem Fall der Berliner Mauer haben sich nicht erfüllt. Zwar wird die ökonomische Globalisierung immer intensiver, zwar genießen die Bürger der wohlhabenden Staaten fast unbeschränkte Bewegungsfreiheit und konsumieren Produkte der ganzen Welt. Andererseits aber schotten sich die wohlhabenden Länder gegen die Menschen aus armen Ländern ab, erschweren die Einreise und bauen ihre Grenzkontrollsysteme aus. Die USA, Israel, Indien und Saudi-Arabien errichten an ihren Landgrenzen gigantische Sperrsysteme über hunderte bzw. tausende von Kilometern – Bauwerke, die in ihrer Länge an die Chinesische Mauer und das römische Limessystem erinnern.

Wie diese historischen Beispiele zeigen, haben die neuen Mauern sowohl einschneidende materielle Wirkungen als auch intensive symbolische Ausstrahlungen. Sie trennen privilegierte und randständige Welten und prägen das Leben an den Grenzen. Konkreter und sichtbarer als Visumssysteme oder andere administrative Maßnahmen demonstrieren sie Kontrolle und Trennung. Für die Öffentlichkeit auf der Wohlstandsseite der Abgrenzung zeigen sie den Willen des jeweiligen Staates zur Durchsetzung von Souveränität, Sicherheit und Schutz, sie genießen deswegen hohe öffentliche Unterstützung und evozieren Forderungen nach weiterer Perfektionierung. Für die Menschen auf der armen Seite symbolisieren und materialisieren sie Exklusion und Verelendung. Gleichzeitig kollabieren diese Trennungssysteme mit den fortschreitenden globalen Öffnungsprozessen in Wirtschaft und Kommunikation und mit der Notwendigkeit internationaler Kooperation zur Lösung globaler Probleme.

Nach einer Phase des Abbaus der Mauern am Ende des Kalten Krieges 1989, als die Berliner Mauer zerkleinert wurde, der Eiserne Vorhang verschwand und nur noch wenige Grenzbefestigungen übrig blieben, sind neue große Grenzsicherungssysteme entstanden. Gleichzeitig entsteht eine dynamische Grenzsicherheitsindustrie, die ebenso wie der militärisch-industrielle Komplex Sicherheit verspricht und eine eigene Sicherheitslogik entwickelt, die mit großtechnischen Lösungen und massiven materiellen Interessen verbunden ist.

VON DEN ALTEN ZU DEN NEUEN MAUERN¹

Elf Mauern, die zwischen 1947 und 1991 gebaut worden waren, haben den Zusammenbruch der Sowjetunion und das Ende des Kalten Krieges überlebt. Diese Mauern trennen Südafrika von Mozambique und von Zimbabwe, Südkorea von Nordkorea, den US-Stützpunkt Guantánamo von Kuba, Gibraltar von Spanien, Indien von Pakistan, Israel vom Libanon, von Syrien und vom Gaza-Streifen, Marokko vom unbesetzten Teil der Westsahara und Zimbabwe von Zambia. Sieben Mauern wurden zwischen 1991 und 2001 errichtet: Spanien baute Grenzbefestigungen um seine Exklaven Ceuta und Melilla, die USA begannen den Bau ihres Walls gegen Mexiko, Malaysia separierte sich von Thailand, Kuwait vom Irak, Usbekistan von Afghanistan und von Kirgisistan.

22 Mauern wurden seit 2001 errichtet oder sind im Bau: Saudi-Arabien baute bzw. baut Mauern an der Grenze zu den Vereinigten Arabischen Emiraten, zum Irak, zu Oman, zu Katar und zum Jemen, Burma zu Bangladesh, Botswana zu Zimbabwe, Brunei zu Malaysia, China zu Nordkorea, Ägypten

¹ Die folgende Aufstellung beruht auf den Zusammenstellungen von Eric Mottet und verwendet zum Teil seinen Text, ist aber modifiziert und erweitert worden (vgl. Berlin Wall Gone but Separation Walls are Growth Industry, online einsehbar unter <http://www.nowpublic.com/world/berlin-wall-gone-separation-walls-are-growth-industry> [eingesehen am 19.10.2012]; Eric Mottet, Fences and Walls in International Relations, online einsehbar unter <http://www.dandurand.uqam.ca/evenements/evenements-passes/440-fences-and-walls-in-international-relations.html> [eingesehen am 19.10.2012]).

zum Gazastreifen, die Vereinigten Arabischen Emirate zu Oman, Indien zu Bangladesh, Burma und Pakistan (zweite Phase), Iran zu Pakistan, Israel zu Jordanien und zur West Bank/Palästina, Jordanien zum Irak, Kasachstan zu Usbekistan, Pakistan zu Afghanistan, Thailand zu Malaysia und Turkmenistan zu Usbekistan. Seit 2010 kommt die Mauer zwischen Israel und Ägypten hinzu. Megaloman sind die Dimensionen einiger neuer Grenzbefestigungen: Die amerikanischen Grenzanlagen an der Grenze zu Mexiko werden 3140 Kilometer lang, die indischen Grenzanlagen gegenüber Pakistan 2043 Kilometer, die zu Bangladesh 3436 Kilometer. Saudi-Arabien hat den deutsch-französischen Konzern EADS beauftragt, ein integriertes Hochtechnologie-Grenzsicherungssystem an allen Land- und Seegrenzen über insgesamt 12.750 Kilometer zu installieren.² Die israelischen Grenzanlagen und insbesondere die Mauer gegen die Palästinensergebiete sind nicht derart lang, aber besonders einschneidend. Wegen der Prominenz der Vereinigten Staaten und des Nahostkonflikts sind die amerikanischen und die israelischen Grenzbefestigungen besonders bekannt, sowohl in Bezug auf Kritik als auch als Vorbild für andere Länder. Indien und Saudi-Arabien werden dagegen wenig beachtet.

DIE MOTIVATIONEN DES NEUEN MAUERBAUS

Analysiert man die Motivationen für die vier neuen, großangelegten Grenzsyste-me an den Grenzen der USA, Israels, Saudi-Arabiens und Indiens, so lassen sich sechs Begründungskomplexe identifizieren, zwei strukturelle und vier prozessuale:

1. *Gravierende Wohlstandsunterschiede, die über die letzten Jahrzehnte zuge-nommen haben und Migration evozieren.* Während die reichen oder reicheren Kernstaaten sich auf eine dynamische Wirtschaftsentwicklung (USA, Israel, Indien) bzw. auf natürliche Reichtümer (Saudi-Arabien und die anderen Golf-staaten) stützen können, leiden die peripheren Nachbarländer unter Instabi-lität, Kapitalflucht und geringerem Wirtschaftswachstum.

Migrationsbewegungen sind dann besonders intensiv, wenn sich in den reichen Kernstaaten Beschäftigungsnischen auftun, die gering bezahlt sind, an denen die einheimische Bevölkerung nicht interessiert ist und von denen sie profitiert. In den Golfstaaten ist diese Disparität besonders extrem ent-wickelt und intendierte Politik. Wegen der sprunghaften Entwicklung der Ölpreise ist die Diskrepanz zu den armen Nachbarstaaten, vor allem dem Jemen, stark angewachsen. Die Golfstaaten und ebenso Israel schotten sich gegen die Nachbarländer ab, rekrutieren Billigarbeitskräfte außerhalb ihrer

² Vgl. Claude Quézel, Murs. Une autre histoire des hommes, Paris 2012, S. 225; o. V., EADS gewinnt Riesen-Auftrag in Saudi-Arabien, in: Handelsblatt, 01.07.2009.

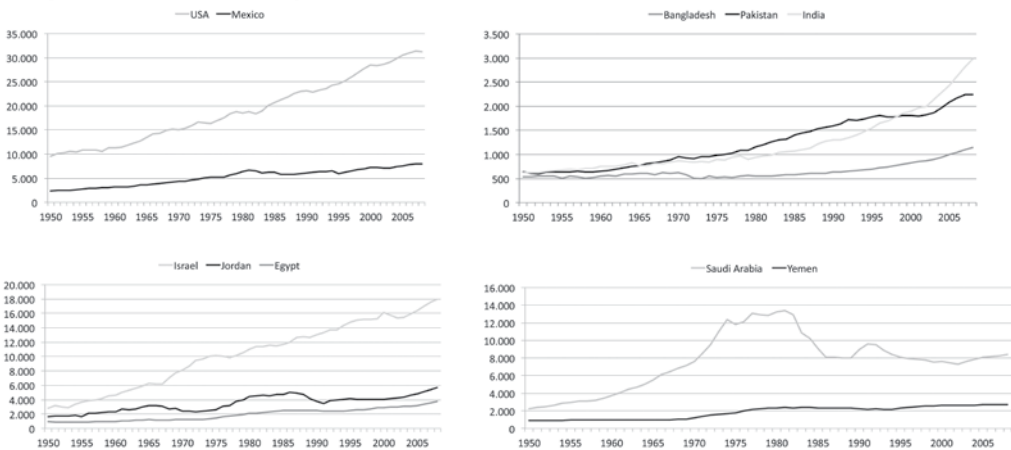


Abb. 1: Entwicklung der Pro-Kopf-Einkommen auf beiden Seiten der Mauern

Quelle: The Conference Board and Groningen Growth and Development Centre, Total Economy Database, September 2008, <http://www.conference-board.org/economics/>.

geografischen Räume und verhindern die permanente Niederlassung dieser Arbeitskräfte.

In den USA hat sich die Beschäftigung von Mexikanern und Mittelamerikanern in den letzten Jahrzehnten räumlich über das ganze Land ausgebreitet und immer mehr Branchen erfasst, inzwischen rechnet man mit elf Millionen »Illegalen«. Ein Teil von ihnen arbeitet hochproduktiv in der subventionierten Landwirtschaft in den USA und trägt dazu bei, dass die Konkurrenzsituation vieler mexikanischer Bauern schwieriger geworden ist, mit dem Ergebnis, dass sich ein dynamischer Migrationszyklus ergeben hat. Indien hat selbst einen großen Überschuss unterbeschäftigter Menschen und versucht von daher, Ausländer abzuwehren.

2. Sicherheitsprobleme. In Israel war und ist Sicherheit der entscheidende Grund für den Bau der Grenzanlagen. Zum Gaza-Streifen gibt es schon seit den sechziger Jahren einen Sicherheitszaun, der in den neunziger Jahren zu einer unüberschreitbaren Barriere ausgebaut wurde. Die Grenze zum Libanon wurde nach dem Rückzug der israelischen Armee im Jahr 2000 befestigt. Seit 2003 wird ein Sperrsystem zwischen Israel und den besetzten Gebieten errichtet, das in Jerusalem und anderen Siedlungsschwerpunkten aus einer übermannshohen Betonmauer besteht. Auch die Grenze zu Jordanien ist gesichert. Seit Anfang 2010 wird schließlich eine Grenzanlage an der israelisch-ägyptischen Grenze gebaut, primär um Flüchtlinge daran zu hindern,

die Grenze zu überschreiten, seit dem Sturz Mubaraks auch aus Furcht vor terroristischen Anschlägen. Sicherheit ist auch das Hauptmotiv der saudischen Sperranlagen, die nach dem Irakkrieg, der Destabilisierung der Lage und dem Eindringen von Al-Qaida-Terroristen zunächst gegenüber dem Irak und Jemen errichtet wurden.

Für die USA und Indien ist Sicherheit nicht das ursprüngliche Abgrenzungsmotiv gewesen, sondern es ging anfangs um die Abwehr von Migranten. Erst seit dem Bau der Grenzanlagen ist Sicherheit zusätzlich als Grund für die Mauern genannt worden. An der amerikanisch-mexikanischen Grenze entstand mit dem Bau der Sperranlagen ein starker Anreiz für kriminelle Organisationen, Gewinne aus Drogen- und Menschenschmuggel zu kombinieren und zu maximieren. In der Folge kam es zu einer Destabilisierung Nordmexikos und die Sperranlage dient inzwischen auch dem Schutz vor der Gewalttätigkeit mexikanischer Drogenbanden, die den großen amerikanischen Drogenmarkt bedienen. Es wird auch immer wieder diskutiert, ob islamistische Terroristen mit Hilfe der Schmuggelbanden den Weg über Mexiko in die USA nehmen könnten. Auch in Indien ist Sicherheit vor islamistischen Attentaten ein zusätzliches Motiv der Sperranlagen gegenüber Bangladesch, auch wenn bisher aus dieser Richtung keine Anschläge verübt worden sind.

3. In Verbindung mit dem Gefahrendiskurs tritt ein drittes Element der Abgrenzung hinzu: die *Kulturalisierung der Unterschiede*. Weltweit bekannt geworden sind in dieser Hinsicht Huntingtons Thesen über den Konflikt der Kulturen.³ In seinem späteren Buch »Who Are We?« insistierte er identifizatorisch auf der angelsächsischen Prägung der amerikanischen Kultur und der Gefährdung dieser Kultur durch lateinamerikanische Einwanderung.⁴ Proklamiert man einen derart grundsätzlichen Kulturkampf, so werden Konflikte unlösbar und Motivationen wie Legitimationen zu radikaler Abgrenzung vergrößern sich. Hirschman⁵ hat darauf hingewiesen, dass materielle Konflikte durch Kompromisse gelöst werden können, identitäre Konflikte aber nicht: sie sind nicht teilbar.

Derart grundsätzliche Spannungen existierten von Anfang an im israelisch-arabischen Konflikt, besonders in Hinsicht auf das historische Territorium von Palästina und speziell die Stadt Jerusalem. In Saudi-Arabien nehmen die Spannungen mit den zunehmenden sunnitisch-schiitischen Konflikten an Bedeutung zu. In Indien wird ebenfalls die Abgrenzung von den islamisch geprägten Nachbarn diskursiv zugespitzt, sei es mit hindu-nationalen oder mit säkular-modernen Argumenten. Für Politiker liegt es nahe, sich solche Feindbilder innenpolitisch nutzbar zu machen oder sich damit zu

3 Vgl. Samuel P. Huntington, *The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order*, New York 1998.

4 Ders., *Who Are We? The Challenges to America's National Identity*, New York 2004.

5 Albert O. Hirschman, *Wieviel Gemeinsinn braucht die liberale Gesellschaft?*, in: *Leviathan*, Jg. 22 (1994), S. 295–304.

identifizieren. In der Tat finden wir im Diskurs über die beschriebenen Grenzen und Mauern absolute Abgrenzungen. Die Akteure sind Intellektuelle, Journalisten und Politiker.

4. Die Abgrenzungsbedürfnisse werden in *technischen Lösungen für politische Probleme* fixiert, seien sie effektiv (wie die israelischen Grenzmauern) oder notorisch ineffektiv (wie die aufwendigen amerikanischen Grenzmaßnahmen). Hier tritt zudem eine neue Variante des schon in der berühmten Abschiedsadresse Präsident Eisenhowers von 1961 beklagten »militärisch-industriellen Komplexes« unter den neuen weltweiten Konfliktstrukturen auf. Die neue Sicherheitsindustrie offeriert technisch perfekte Lösungen, materiell oder auch virtuell, wie etwa der virtuelle Milliardenzaun der Firma Boeing am Rio Grande, der eine Milliarde Dollar kostete und 2011 offiziell als gescheitert erklärt wurde. Verbunden ist dies mit der Entwicklung hochtechnischer Überwachungssysteme einschließlich unbemannter Drohnen und von Identifizierungssystemen wie computerlesbarer Ausweise und Körperscanner unterschiedlicher Art. All dies – so etwa das Versprechen der israelischen Firma Elbit Systems – kann mit wenig Personal aus einer weit entfernten Zentrale mit voller Kontrollfähigkeit gesteuert werden. »Das System wird voll aus einem zentralen Kontrollraum ferngesteuert. Alle Daten werden von den Grenzüberwachungsposten über Funk, Faseroptik oder andere Kommunikationssysteme an den zentralen Kontrollraum übertragen. Dort werden sie verarbeitet und auf Bildschirmen gezeigt. Das System kann mehrere hierarchisch angeordnete Kontrollzentren auf der regionalen und nationalen Ebene haben. Mittels wirkungsvoller Überwachungs- und Management-Software ermöglicht das System es dem Nutzer, das Gesamtbild im Auge zu behalten und die Grenzkontrollen ohne Verzögerung mit weniger Personal zu betreiben. Das verbessert die Reaktionszeit der Überwachungsbehörden und erlaubt es ihnen, Grenzverletzungen zu verhindern und die öffentliche Sicherheit zu vervollkommen.«⁶ Die Verlautbarungen von Boeing und EADS klingen fast identisch. Es gibt allerdings bisher keine realen Erfolge, die die vollmundigen Erklärungen bestätigen würden. Die Versprechen völliger Sicherheit durch technische Lösungen klingen ähnlich wie die Star-Wars-Phantasien aus der Reagan-Zeit, in die ebenfalls ungeheure Mittel investiert wurden.

Angeboten wird also die perfekte technische Lösung politischer Probleme. Gelingt dies dann nicht, so wird nach mehr Perfektion und nach mehr Mitteln verlangt, um zum Ziel zu kommen. Wie in anderen Politikprozessen führt dies dazu, dass sich selbstverstärkende Momente entwickeln, indem immer neue, komplexere, teurere und technisch perfektere Lösungen gesucht werden und

6 <http://www.elbitsystems.com/elbitmain/area-in2.asp?parent=8&num=67&num2=67>
[eingesehen am 19.10.2012, Übersetzung D.T.]

politische Alternativen in den Hintergrund treten. In den USA hat sich diese Perpetuierung in dem Mantra verfestigt, zuerst müsse die Grenze gesichert werden und erst danach könne man über eine Migrationsreform nachdenken. Diese Vorstellung beherrscht den politischen Prozess weiterhin, auch nachdem die Einwanderung aus Mexiko wegen der amerikanischen Arbeitslosigkeit zurückgegangen ist. Wie derartige Politikprozesse ritualisiert werden, obwohl sie anscheinend mit realen Fakten begründet werden, hat Murray Edelman beschrieben.⁷

5. *Von der Schließung einer Grenze zur Schließung aller Grenzen: die progressive Isolation.* Die Gewöhnung an die Idee abgeschlossener Grenzen, der mit ihnen verbundene Sicherheitsmythos, ihre Legitimation als Teil des souveränen Nationalstaats und die erwähnten Lobbyinteressen führen dazu, dass die Existenz einer total gesicherten Grenze dazu motiviert, auch die anderen Grenzen entsprechend auszubauen. Deutlich ist dieses Phänomen am Fall der USA zu beobachten, wo die nach allen Informationen bisher völlig unproblematische offene Grenze zu Kanada mit einem elaborierten Grenzkontrollregime gesichert werden soll. Drohnen sind dort schon im Einsatz. Neuerdings werden sogar Visa für Kanadier diskutiert. Janet Napolitano, Präsident Obamas *homeland secretary*, hat entsprechend dieser Logik argumentiert, die Grenze zu Kanada müsse ebenso gut wie die zu Mexiko gesichert werden. Dazu müsse die Grenzkultur an der Grenze zu Kanada geändert, also eine wirkliche Kontrollgrenze durchgesetzt werden.⁸

Ähnliche Argumente gibt es auch im Diskurs in Indien. Dort heißt es, die Grenze zu Bangladesch müsse ebenso gut kontrolliert werden wie die zu Pakistan, zu diesem Zweck sei eine tief gestaffelte Grenzanlage zu bauen, die längste der Welt. In Israel argumentierte Ministerpräsident Netanyahu lange vor den neuen Sicherheitsproblemen ganz entsprechend, die Grenze nach Ägypten müsse gesichert werden, wenn alle anderen Grenzen ebenfalls hermetisch geschlossen seien. Auch in Saudi-Arabien folgte dem Bau einer High-Tech-Grenze im Norden (an der Grenze zum Irak) der Bau einer eben solchen Grenzanlage im Süden (an der Grenze zum Jemen) und schließlich die Vergabe eines Gesamtsicherheitsauftrags: Man folgte ebenfalls der Logik, eine Grenze nach der anderen zu sichern. Im Innern der agierenden Staaten setzt sich das Mauer-Denken fort: In den USA, Saudi-Arabien, Indien und einigen anderen Ländern entstehen immer mehr *gated communities*, geschützte Einrichtungen für die Privilegierten. Die Sicherung der Außengrenzen befreit offensichtlich nicht von der Furcht vor Attacken, sondern sie verstärkt diese.

7 Vgl. Murray Edelman, Politik als Ritual. Die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handelns, Frankfurt a.M. 2005.

8 Vgl. o.V., Canada-U.S. border should remain tight: Homeland Security chief. Passport requirements will go ahead in June, Napolitano says, in: CBC News, 25.05.2009.

6. *Das Chaos auf der anderen Seite: Perzeption und Realität.* Mit der Konstruktion einer absoluten Grenze verändern sich auch die Perzeptionen und die Regeln des politischen Spiels. Während bei offenen Grenzen die Sicherheit des Nachbarlandes eng mit der eigenen Sicherheit verbunden ist und daraus eine Logik der Zusammenarbeit entsteht, führt die Perzeption einer absoluten Grenze zur Konzentration auf die Sicherheit diesseits der Grenze und zur Wahrnehmung einer chaotischen Situation auf der anderen Seite, die mit dem eigenen Handeln scheinbar nicht verbunden ist. Politik und Gesellschaft koppeln sich von der Realität auf der anderen Seite ab und fühlen sich auch nicht für die dortige Situation mitverantwortlich – der Raum jenseits der Grenze gilt als »Raum des Chaos« und wird mit Entsetzen, Furcht oder Abscheu betrachtet.

Der neue Mauer-Diskurs wird in diesem Zusammenhang von seinen Befürwortern mit großer innerer Überzeugung und Emphase vertreten, auch verknüpft mit dem Argument der Souveränität – ganz im Gegensatz zu den kommunistischen Abgrenzungswällen, deren propagandistische Begründung (etwa als »antifaschistischer Schutzwall«) immer sehr brüchig war.

Der Perzeption folgt die Realität. In allen betrachteten Fällen breiten sich auf der anderen Seite der Mauer Instabilität, Unsicherheit und Kriminalität aus: in Mexiko und Mittelamerika, im Jemen, rund um Israel und in Pakistan. Die reichen Staaten werden dadurch trotz ihrer starken Mauern intensiv berührt. Sie sehen sich gezwungen, darauf zu reagieren, denn ihre modernen Grenzanlagen bieten keinen Schutz gegen intensiven Staatszerfall auf der anderen Seite. Gleichwohl besteht die Gefahr, dass der *circulus vitiosus* weitergeht und die Alternative gemeinsamer Entwicklung, gemeinsamer Interessen und konstruktiver Zusammenarbeit nicht ins Auge gefasst wird.

ÖFFNUNG ALS ALTERNATIVE

Vergleicht man diese Entwicklungen und Motivationsbündel mit der Entwicklung innerhalb der Europäischen Union, so wird die gegenläufige Logik der Öffnung deutlich. Die Befürchtungen einer stärkeren, unkontrollierten Migration im Inneren haben sich verflüchtigt, selbst die britischen Konservativen problematisierten im Wahlkampf 2010 nur noch die Einwanderung von außerhalb der EU und nicht aus Polen oder Rumänien. Ganz im Gegenteil: Die EU subventioniert interne Mobilitätsprogramme. Auch der Sicherheitsdiskurs hat sich auf die Außengrenzen verlagert. Kulturell wird EU-Europa immer mehr als Einheit empfunden – im Gegensatz zu den Vorstellungen polarer kultureller Unterschiede etwa zwischen Italien und Deutschland oder zwischen England und Frankreich in früheren Zeiten. Technische Kontrollen

werden zwar an den Außengrenzen praktiziert, die Kontrollphantasien haben sich aber auf andere Bereiche wie zum Beispiel das Internet verlagert. Die EU hat den Antrag Griechenlands abgelehnt, eine einschneidende Grenzbefestigung an der türkischen Grenze zu finanzieren.⁹ Eine negative Ausnahme sind die spanischen Grenzanlagen um die postkolonialen Vorposten Ceuta und Melilla. Die europäische Debatte wird von Kritik an der »Festung Europa« beherrscht, obwohl die europäischen Grenzsicherungsmaßnahmen in ihrem Ausmaß nicht mit den geschilderten Großanlagen vergleichbar sind. Sie muten im Vergleich mit diesen Großtechnologien eher konventionell an und beschränken sich auf Datenverarbeitung, Sichtgeräte und herkömmliche Personenkontrolle. Auch das Budget der Frontex-Behörden ist im Vergleich zu den erwähnten Aufwendungen eher gering. Missbräuche wie die Rückführung von Flüchtlingen nach Libyen sind durch den Europäischen Gerichtshof untersagt worden. Diese Entwicklungen bestätigen die These Hirschmans¹⁰, liberale Gesellschaften lernten durch die erfolgreiche Bewältigung von Problemen, weitere Probleme zu lösen.¹¹

Die EU ist in der heutigen Welt einmalig in Bezug auf den Grad der Integration und Kohäsion. Dies zeigt sich selbst in der aktuellen Krise und besonders in der Intensität, mit der gemeinschaftliches Handeln und Einstehen verlangt wird, auch wenn die Verträge es nicht vorsehen. Es bleibt zu hoffen, dass die EU mit diesem öffnenden Prozess fortfährt, der sich mit der Perspektive einer allmählichen Öffnung zu einem Weltbürgerrecht im Sinne Kants verbinden lässt.¹² Abgesehen von den internen Krisen ist es dabei wichtig, die gemeinsamen Interessen mit den Nachbarn im Osten und Süden zu erkennen und angemessene kooperative Lösungen zu finden, statt in Russland, der Türkei oder Afrika das große entgegengesetzte Gegenüber zu sehen und diese Länder mit Visumsregelungen auszuschließen. Schon heute ist die Türkei in Bezug auf die Offenheit ihrer Visumpolitik ein Vorbild. Es ist offen, ob der *circulus vitiosus* der Europäischen Union geografisch erweitert werden kann oder ob islamophobe Ängste zum Beispiel gegenüber der Türkei dies verhindern. Wichtig ist erfolgreiches Fortschreiten nicht nur für die Europäer selbst, sondern auch weltweit als Demonstration der Möglichkeiten erfolgreicher Kooperation – einer Entwicklung, mit der Probleme nicht geschaffen, sondern gelöst werden.

9 Vgl. o.V., EU refuses to fund Greek border fence with Turkey, in: Turkish Daily News, 09.02.2012.

10 Vgl. Hirschman, ebd.

11 Das kurz vor Drucklegung dieses Artikels erschienene Buch von Reece Jones (Border Walls. Security and the War on Terror in the United States, India and Israel, London 2012) beurteilt die EU negativer, macht aber mit seiner dichten Beschreibung der neuen Mauern in diesen Ländern den großen Unterschied zur europäischen Situation evident.

12 Seyla Benhabib, Die Rechte des Anderen. Frankfurt a. M. 2008; Rainer Bauböck, »Globale Gerechtigkeit, Bewegungsfreiheit und demokratische Staatsbürgerschaft«, in: Manfred Oberlechner u. Gerhard Hettfleisch (Hg.), Integration, Rassismen und Weltwirtschaftskrise, Wien 2010, S. 75–115.



Prof. Dr. Dietrich Thränhardt, geb. 1941, ist Professor em. für Vergleichende Politikwissenschaft und Migrationsforschung an der Universität Münster. Er ist Herausgeber der »Studien zu Migration und Minderheiten«, Vorsitzender des Steuerungsausschusses des »Mediendienstes Integration« und Autor von zahlreichen Büchern und wissenschaftlichen Aufsätzen zu Migration und bundesdeutscher Geschichte.

BORDER WARS

DIE US-AMERIKANISCHE FURCHT VOR DEN SÜDLICHEN NACHBARN

≡ Jan M. Kotowski

Die hierzulande gängige Vorstellung von den Vereinigten Staaten als einem Land »unbegrenzter« Möglichkeiten ist einer etwas eigenwilligen idiomatischen Übersetzung geschuldet. In den USA selbst begnügt man sich zumeist mit der Selbstvorstellung von einem *land of opportunity*. Dieses Klischee ist wiederum aufs Engste mit der Idee des Amerikanischen Traums und dem mythischen Narrativ der Einwanderernation (*nation of immigrants*) verwoben. Doch mit der heutigen Lebenswirklichkeit sogenannter illegaler Einwanderer und dem politischen Einwanderungsdiskurs in den USA hat dieses nach wie vor wirkmächtige narrative Konstrukt nur auf einer abstrakt-ideologischen Ebene zu tun. Denn den vermeintlich unbegrenzten Möglichkeiten des *American Dream* wird anno 2012 durch eine in zunehmendem Maße befestigte und militarisierte territoriale Grenze Einhalt geboten, deren Überwindung für potenzielle Immigranten immer schwieriger geworden ist.¹

Die Grenze zu Mexiko stellt in diesem Zusammenhang den Schnittpunkt stark divergierender Interessen dar, und dies sowohl innerhalb der USA als auch im Verhältnis zum südlichen Nachbarn: Beispielsweise prallt hier der Hunger der amerikanischen Wirtschaft nach billigen Arbeitskräften auf gesellschaftliche Vorbehalte gegenüber dem ethno-rassistisch demarkierten mexikanischen Gegenüber, dem sowohl der legale als auch der illegale Eintritt in das nationale Territorium erschwert werden soll. Dabei ist die mexikanische Netto-Einwanderung in die USA zwischen 2005 und 2010 auf null (beziehungsweise in den negativen Bereich) gefallen, während sie zwischen 1995 und 2000 noch 2,27 Millionen betrug. Auch belaufen sich die Festnahmen unautorisierter Migranten an der Grenze auf den niedrigsten Stand seit 1971.² Demgegenüber – und bezeichnenderweise – kommt die zu großen Teilen noch ungesicherte Grenze zu Kanada als politisches Problem im öffentlichen Diskurs der USA praktisch nicht vor.

DIE MILITARISIERUNG DER SÜDLICHEN GRENZE

Es ist weithin bekannt, dass in unserer nach wie vor von Nationalstaaten dominierten Welt Grenzen die Funktion haben, staatliche Territorien zu

1 Vgl. Jeffrey Passel u. a., Net Migration from Mexico Falls to Zero – and Perhaps Less, Pew Hispanic Center, 23.04.2012, online einsehbar unter http://www.pewhispanic.org/files/2012/04/Mexican-migrants-report_final.pdf [eingesehen am 11.8.2012], S. 7 u. S. 28. Als Grund für diesen spektakulären Rückgang lässt sich neben der wirtschaftlichen Rezession seit 2008 auch die Verschärfung der Grenzkontrollen anführen.

2 Vgl. Aimee Carillo Rowe, Whose »America«? The Politics of Rhetoric and Space in the Formation of U.S. Nationalism, in: Radical History Review, H. 89/2004, S. 115–154, hier S. 119.

demarkieren und, de facto, zu etablieren. Nun ist aber Territorialität nicht unbedingt ein Kernbereich nationaler Identität der USA, die oftmals in einem universalistisch-zivilreligiösen Gewand daherkommt. Die »erste neue Nation«³ geriert sich gern als exzeptioneller Gegenentwurf zu den ethno-territorialen Nationsmodellen der alten Welt. Hierin offenbart sich allerdings ein gewisses idealisiertes Wunschdenken, denn ethno-rassistische Definitionsmuster waren in der amerikanischen Nationsgenese mehr Regel denn Ausnahme.⁴ Bereits im 19. Jahrhundert – insbesondere in der Idee von *Manifest Destiny* und der *Frontier-These*⁵ – waren territorial-expansive und grenzbezogene Elemente des nationalen Selbstverständnisses durchaus vorhanden. Allerdings sind Vorbehalte gegen die europäischen »Blut-und-Boden-Varianten« nationaler Identität nach wie vor anzutreffen. So kommentierte etwa Peggy Noonan, die einflussreiche konservative Kolumnistin des *Wall Street Journals*, die Errichtung des Department of Homeland Security (DHS) mit den Worten:

»Mr. Bush [...] should change the name. The name Homeland Security grates on a lot of people, understandably. *Homeland* isn't really an American word, it's not something we used to say or say now. It has a vaguely Teutonic ring – *Ve must help ze Fuehrer protect ze Homeland!* – and Republicans must always be on guard against sounding Teutonic.«⁶

Bedeutet dies also, dass territoriale Aspekte wie etwa die Idee eines *Homeland* in den USA als generell unamerikanisch betrachtet werden? Nun, um obiges Beispiel noch ein klein wenig weiter zu strapazieren: Nicht einmal ein Jahrzehnt nach der Gründung des Heimatschutzministeriums ist das Terrorismusdrama »Homeland« eine der beliebtesten Fernsehserien des Landes – und nur wenige Dinge sind in den USA so aussagekräftig über nationale Befindlichkeiten wie die sogenannte Populärkultur. Und auf politischer Ebene lässt sich die wachsende Bedeutung territorialer Grenzen nicht zuletzt daran ablesen, dass konservative Einwanderungskeptiker ihre liberalen Gegenüber gern als *open border advocates* verschmähen. Für die eigentliche Militarisierung der südlichen Grenze waren aber konkrete administrative Aspekte ausschlaggebender. Einerseits ist hier die Eingliederung des ehemals dem Justizministerium unterstellten Immigration and Naturalization Service in das DHS im März 2003 zu nennen. Sie führte wiederum zur Gründung zweier neuer Organisation, den Vollzugs-, Grenzkontroll- und Zollbehörden Immigration and Customs Enforcement und Customs and Border Protection.

Die Einverleibung der für Einwanderung und Grenzsicherung zuständigen Behörden und deren Integration in ein neues, dem »Krieg gegen den Terror« entstammenden Ministerium sollte aber nicht als Beginn oder Ausgangspunkt amerikanischer Bemühungen um Grenzbefestigung missverstanden

³ Vgl. Seymour Martin Lipset, *The First New Nation. The United States in Historical and Comparative Perspective*, New York 1979.

⁴ Vgl. Rogers Smith, *Civic Ideals. Conflicting Visions of Citizenship in U.S. History*, New Haven 1999; Eric J. Kaufmann, *Nativist Cosmopolitans. Institutional Reflexivity and the Decline of »Double-consciousness« in American Nationalist Thought*, in: *The Journal of Historical Sociology*, Jg. 14 (2001) H. 1, S. 47–78.

⁵ Mit der Doktrin von »Manifest Destiny« ist der göttliche Auftrag der USA zur Expansion gemeint, der sogenannten »Frontier-These« zufolge sei die Besiedelung des Westens entscheidend für die Herausbildung einer spezifisch amerikanischen Identität gewesen. Vgl. Frederick Turner, *The Frontier in American History*, New York 1921, S. 1–38.

⁶ Peggy Noonan, *Rudy's Duty. Plus: Homeland Ain't No American Word*, in: *The Wall Street Journal*, 14.06.2002.



150 Jahre Sozialdemokratie: Die turbulente Geschichte der SPD von Lasalle bis Steinbrück

V&R



Franz Walter / Stine Marg

Von der Emanzipation zur Meritokratie

Betrachtungen zur 150-jährigen Geschichte
von Arbeiterbewegung, Linksinтеллектуellen und sozialer Demokratie

2013. 160 Seiten, kartoniert

€ 19,99 D

ISBN 978-3-525-38001-7

E-Book ISBN 978-3-647-38001-8

Die SPD feiert ihr 150-jähriges Bestehen. Das Buch versammelt Schlaglichter, die diese Geschichte als turbulenten, tiefgreifenden Transformationsprozess erhellen und verständlich machen.

1863-2013: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands blickt auf 150 Jahre ihrer Geschichte – von den Anfängen als Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein bis zur angespannten Lage heute, von Ferdinand Lassalle bis zum gegenwärtig verantwortlichen Führungstrio um Peer Steinbrück. Stine Marg und Franz Walter betrachten die Geschichte der Arbeiterbewegung, ihre Intellektuellen sowie die Transformationen der sozialen Demokratie.